



# Bundesgesetz über die Änderung der Wiedergutmachungsregelung (Änderung des Strafgesetzbuchs, des Jugendstrafgesetzes und des Militärstrafgesetzes)

vom 14. Dezember 2018

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates  
vom 3. Mai 2018<sup>1</sup>  
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 4. Juli 2018<sup>2</sup>,  
*beschliesst:*

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

## 1. Strafgesetzbuch<sup>3</sup>

### *Art. 53*

Wiedergut-  
machung

Hat der Täter den Schaden gedeckt oder alle zumutbaren Anstrengungen unternommen, um das von ihm bewirkte Unrecht auszugleichen, so sieht die zuständige Behörde von einer Strafverfolgung, einer Überweisung an das Gericht oder einer Bestrafung ab, wenn:

- a. als Strafe eine bedingte Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, eine bedingte Geldstrafe oder eine Busse in Betracht kommt;
- b. das Interesse der Öffentlichkeit und des Geschädigten an der Strafverfolgung gering sind; und
- c. der Täter den Sachverhalt eingestanden hat.

<sup>1</sup> BBl 2018 3757

<sup>2</sup> BBl 2018 4925

<sup>3</sup> SR 311.0

## 2. Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003<sup>4</sup>

*Art. 21 Abs. 1 Bst. c*

<sup>1</sup> Die urteilende Behörde sieht von einer Bestrafung ab, wenn:

- c. der Jugendliche den Schaden so weit als möglich durch eigene Leistung wieder gutgemacht oder eine besondere Anstrengung unternommen hat, um das von ihm begangene Unrecht auszugleichen, und wenn:
  - 1. als Strafe nur ein Verweis nach Artikel 22 in Betracht kommt,
  - 2. die Strafverfolgung für die Öffentlichkeit und den Geschädigten nur von geringem Interesse ist, und
  - 3. der Jugendliche den Sachverhalt eingestanden hat;

## 3. Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927<sup>5</sup>

*Art. 45*

1. Gründe für die  
Strafbefreiung.  
Wiedergut-  
machung

Hat der Täter den Schaden gedeckt oder alle zumutbaren Anstrengungen unternommen, um das von ihm bewirkte Unrecht auszugleichen, so sieht die zuständige Behörde von einer Strafverfolgung, einer Überweisung an das Gericht oder einer Bestrafung ab, wenn:

- a. als Strafe eine bedingte Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, eine bedingte Geldstrafe oder eine Busse in Betracht kommt;
- b. das Interesse der Öffentlichkeit und des Geschädigten an der Strafverfolgung gering sind; und
- c. der Täter den Sachverhalt eingestanden hat.

II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 14. Dezember 2018

Ständerat, 14. Dezember 2018

Die Präsidentin: Marina Carobbio Guscetti  
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Der Präsident: Jean-René Fournier  
Die Sekretärin: Martina Buol

<sup>4</sup> SR 311.1

<sup>5</sup> SR 321.0

*Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung*

<sup>1</sup> Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 7. April 2019 unbenützt abgelaufen.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Es wird auf den 1. Juli 2019 in Kraft gesetzt.<sup>7</sup>

22. Mai 2019

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Ueli Maurer

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

<sup>6</sup> BBl 2018 7857

<sup>7</sup> Der Beschluss über das Inkrafttreten wurde am 16. Mai 2019 im vereinfachten Verfahren gefällt.

